

# „Gute-KiTa-Gesetz“ - eine Mogelpackung! -

**FWG**  
FREIE  
WÄHLERGEMEINSCHAFT  
SCHWALM-EDER

## FWG Schwalm-Eder hält das "Gute-KiTa-Gesetz" für eine Mogelpackung!

Mit dem "Gute-KiTa-Gesetz" investiert der Bund insgesamt 5,5 Mrd. Euro für alle Bundesländer, damit alle Kinder gute Chancen haben, ihre Talente zu entfalten.

Für Kita-Personal bringt das Gesetz bessere Arbeitsbedingungen und ca. 1,2 Mio. Kinder haben Anspruch auf beitragsfreie Kita Zeit.

Experten sehen das auch so; erst einmal ist zu begrüßen, dass sich der Bund zukünftig verstärkt am qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung finanziell bis 2022 engagieren möchte.



Reinhold Theis, Christel Bald und Markus Pollok

## Finanzierung nur bis 2022

Offen ist allerdings, ob nach 2022 die Finanzierung des Gesetzes gesichert ist und weiterhin Geld fließen wird. Für Hessen zahlt Berlin bis 2022 ca. 4,13 Mio. Euro, die das Land vollständig in das Kita-Personal investieren will.

## Personalausstattung und Fachkräftemangel

Mit den Veränderungen der Personalausstattung wird es Auswirkungen geben, absehbar stehen nicht ausreichend Fachkräfte zur Verfügung, es muss auf "berufsfremde" und auf weniger qualifizierte Kräfte zurückgegriffen werden. Nach Änderungen im HKJGB sind Anstellungen von HeilerziehungspflegerInnen, KinderpflegerInnen, Sozial-Assistentinnen und sogar Personen mit fachfremder Ausbildung möglich.

Werden Träger, um Personalkosten zu sparen, zukünftig verstärkt weniger qualifiziertes Personal einstellen?

## Qualitätsverschlechterung

Wird es dadurch zur Qualitätsverschlechterung kommen? Mit den geplanten Änderungen sollen sich die Betreuungsverhältnisse in hessischen Kitas landesweit angleichen, wobei besonders finanzschwache Kommunen davon profitieren werden. Jede Familie muss sich gute Kinderbetreuung leisten können. Dazu werden auch mit dem "Gute-KiTa-Gesetz" neben Familien die Sozialleistungen beziehen, Familien mit kleinem Einkommen von Kita Beiträgen befreit.

Der Bedarf an Kinderbetreuung steigt. Der Beitrag, den die Kommunen bei der Kinderbetreuung schultern müssen, wird auch deutlich steigen. Mit dieser finanziellen Belastung dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen werden. Reicht die höhere Förderung aus, um die höheren Personalkosten zu decken?

Das Land Hessen muss, um eine nachhaltige Betreuungsqualität zu leisten und verbessern zu können, seinen Finanzanteil deutlich erhöhen.